Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat an seiner Tagung vom 12. und 13. September auf dem Gebiete der Preis-, im besonderen der Mietpreiskontrolle jenen Beschluß gefaßt, der nach den Vorgängen in diesem Bereiche zu erwarten war. Der Gewerkschaftsbund wird eine *«Initiative zum Schutze der Mieter und Konsumenten»* lancieren. Der Text bestimmt in Art. 2, daß die Preise und Margen für Waren, industrielle und gewerbliche Leistungen, sowie die Miet- und Pachtzinse zu überwachen sind. Damit ist eine generelle Preiskontrolle vorgesehen. In Art. 3 werden die Voraussetzungen dargelegt, unter denen Höchstpreisvorschriften zu erlassen sind, bzw. Preisausgleichsmaßnahmen getroffen werden sollen. Nach dem Artikel wären diese Voraussetzungen dann gegeben, wenn erhebliche Störungen in den Marktverhältnissen eintreten oder die Preisbildung durch staatliche Schutzmaßnahmen beeinflußt wird. Von besonderem Interesse sind die beiden folgenden Artikel, welche die Mietzinskontrolle betreffen, denn die Initiative ist ja in der Hauptsache aus dem Grunde lanciert worden, weil die Maßnahmen, welche die Bundesversammlung im Laufe der Sommersession in diesem Bereiche beschlossen hat, die sozialdemokratische Opposition, und mit ihr die Gewerkschaften, nicht befriedigt haben. Während in jenem Bundesbeschluß, der inzwischen in Rechtskraft erwachsen ist, ein imperativer Auftrag auf Lockerung der Mietzinskontrolle festgelegt ist, sieht der Art. 5 des Initiativtextes nur die *Möglichkeit* eines Abbaus vor. Die Muß-Vorschrift des Bundesbeschlusses ist also wieder durch eine Kann-Vorschrift ersetzt, wie sie in der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates enthalten war. Das ist nun ein Eingriff von grundsätzlicher Bedeutung. Während im weitern der Bundesbeschluß die stufenweise, generelle Bewilligung von Mietzinserhöhungen ab 1954 vorsieht, verlangt die Initiative ein Bewilligungsverfahren für jeden einzelnen Fall. Nach dem Text der Initiative, wie er in Art. 4, Abs. 2, festgelegt ist, dürfen nämlich die Mietzinse nicht höher festgesetzt werden als zur Deckung der normalen Hausbesitzlasten, zu einer angemessenen Verzinsung des investierten Kapitals und der wertvermehrenden Verbesserungen erforderlich ist. Nach dieser Fassung der Initiative müßte also jede einzelne Mietzinserhöhung von Amtes wegen geprüft und bewilligt werden — ein Verfahren, das wieder eine sehr ausgedehnte und komplizierte Beamtenapparatur erfordert. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu dem in Kraft stehenden Bundesbeschluß ist in Art. 5 der Initiative festgelegt, indem die Mietzinskontrolle nur abgebaut werden kann, wenn ein nach Wohnungsgröße und Preislage genügender Leerbestand an Mietobjekten vorhanden ist. Man kann ruhig sagen, daß damit faktisch die Mietpreislockerung überhaupt illusorisch wird, denn das Übel der heutigen Lage besteht eben gerade darin, daß wir auf keinen genügenden Leerwohnungsbestand kommen können, wenn nicht vorher die Mietzinskontrolle gelockert wird. Nach dem

Willen der Initianten wird also in diesem Falle, und zwar mit voller Absicht, das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Wesentlich ist ferner die Frist, welche die Initiative für die Beibehaltung der Preiskontrolle, mit Einschluß der Mietpreiskontrolle, vorsieht. Der Verfassungszusatz soll nämlich bis zum 31. Dezember 1960 gelten. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß als Endziel der Initiative eine dauernde Verankerung der Mietpreiskontrolle in der Verfassung vorgesehen ist. Nach den Kräften, die hinter der Initiative stehen, und nachdem die Sozialdemokratische Partei den Vorstoß inspiriert hat und massiv unterstützt, ist diese Zielsetzung unschwer zu erkennen. Die betreffenden Bestimmungen sollen übrigens auf den 31. Januar 1955 in Kraft treten. Auch diese Terminsetzung ist in ihrem Zweck leicht festzulegen: der Bundesrat soll vorerst verhindert werden, auf die durch den geltenden Bundesbeschluß vorgesehene Lockerung der Mietzinskontrolle ab 1954 einzutreten. Allein solchen Bemühungen steht nun eben der imperative Auftrag an den Bundesrat entgegen, wie er in dem geltenden Bundesbeschluß niedergelegt ist. Nachdem die durchschnittlichen Einkommensverhältnisse nach wie vor gut sind und in fast allen Kategorien gegenüber der Vorkriegszeit eine beträchtliche Reallohnerhöhung aufweisen, anderseits die Lebenshaltungskosten eher die Tendenz zum Rückgang aufweisen, scheinen die Voraussetzungen für eine zweite Lockerung der Mietzinse durchaus gegeben.

* * *

Das beherrschende Ereignis der letzten Wochen hat sich mit den *Wahlen zum westdeutschen Bundestag am 6. September* vollzogen. Bei einer Stimmbeteiligung von 86% hat die Christlichdemokratische Union, die Partei des Bundeskanzlers Adenauer, die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag erreicht. Weder in Deutschland noch außerhalb ist ein solches Ergebnis erwartet worden. Das Erfreuliche daran liegt vor allem in dem Umstand, daß die Befürchtungen, die Opposition der Rechtsradikalen werde einen großen Zulauf erfahren, nicht bestätigt wurden. Das Gegenteil ist der Fall: ihre Opposition ist zerschlagen. Die Linksopposition, welche sich in der sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten konzentrierte, hat einen beträchtlichen Rückschlag erfahren. Die Kommunisten sind im Bundestag nicht mehr vertreten, während die Sozialdemokraten einen nicht unbeträchtlichen Mandatverlust haben hinnehmen müssen. Es ist kein Zweifel, daß es der Sozialdemokratie an einem wirksamen Programm gefehlt hat. Auf dem Gebiete der Außenpolitik vermochte sie die Ablehnung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht durch einen schlagkräftigen Ersatz aufzuwiegen. Denn das Programm der Wiedervereinigung war an sich allen Parteien eigen und konnte nicht von der Sozialdemokratie allein in Anspruch genommen werden. Vollends auf dem innenpolitischen Felde mußte sie deutlich ins Hintertreffen geraten. Hier war der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft, wie sie während vier Jahren durch Bundeswirtschaftsminister Erhard durchgeführt worden ist, dermaßen unverkennbar und erfaßte so weite Schichten der Wählerschaft, daß die Sozialdemokraten mit ihren Forderungen, die sich vorwiegend in sozialer Staatswirtschaft erschöpften, nicht durchdringen konnten. Außerdem hat sich das persönliche Prestige des Bundeskanzlers als so überragend erwiesen, daß dagegen mit theoretischen Programmen nicht aufzukommen war. Einigermaßen erstaunlich will uns scheinen, daß die Rechtsradikalen nun plötzlich gleichsam vom Boden verschwunden sein sollen. Die ehemaligen Nationalsozialisten sind zweifellos dadurch stark getroffen worden, daß die bedeutendsten

ihrer Parteien gar nicht zugelassen waren und daß ferner mehreren leitenden Köpfen der Bewegung, jedenfalls den zugkräftigsten unter ihnen, so insbesondere dem ehemaligen Staatssekretär Naumann und dem Fliegerobersten Rudel, die Wahlfähigkeit entzogen worden war. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß nicht wenige Wähler der Rechten ihre Stimme jener bürgerlichen Partei gaben, welche die größten Aussichten hatte, und wo sie vielleicht hofften, ihre Ziele allmählich geltend machen zu können, also der Christlichdemokratischen Union. Solche Vermutungen sind jedenfalls hier und dort bereits angestellt worden. Irgendwie mochten sie im Zusammenhang stehen mit jener besondern Auslegung, welche man an verschiedenen Orten dem großen persönlichen Erfolg Bundeskanzlers Adenauer geben wollte. So ist beispielsweise im schwedischen Rundfunk der Ansicht Ausdruck gegeben worden, die deutsche Wählerschaft habe sich damit wieder um einen Führer scharen wollen, das Wahlresultat sei also im wesentlichen der Ausdruck dieser den Deutschen eigentümlichen Einstellung. In diesem Zusammenhang tauchte das wenig sympathische Wort vom «Ersatz-Führer» auf, das auch in der schweizerischen Presse hier und dort zu bemerken war. Der Ausdruck ist wahrscheinlich auf eine Äußerung des Ministerpräsidenten des Südwestdeutschen Staates, Dr. Reinhold Maier, zurückzuführen, der seinerseits eines der ersten Opfer des großen Erfolges Adenauers geworden ist.

Im übrigen ist das Ergebnis dieser Wahlen in der schweizerischen öffentlichen Meinung mit Recht sehr positiv aufgenommen worden. Wir möchten nicht verfehlen, in diesem Zusammenhang beispielsweise die Äußerung von Prof. Marbach zu erwähnen. In der «Metallarbeiter-Zeitung» (16. Sept.) betont er offen, die Akzentuierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf den Markt und nicht auf das Sozialisierungskollektiv habe das Wahlresultat wesentlich beeinflußt. Insbesondere habe die Betonung der freiheitlichen Seite der Wirtschaftspolitik bei der Wählerschaft Anklang gefunden, und gerade im Kreise der Jungwähler habe man sich über den Wirtschaftserfolg der Regierung positiv ausgesprochen. Marbach zitiert zustimmend die französische sozialistische Zeitung «Franctireur», welche offen zum Ausdruck brachte, die Deutschen hätten sich entschlossen, Bestandteil der westlichen Welt zu sein. Deutschland werde zum stabilsten Stützpunkt dieser Welt in Zentraleuropa. Zweifellos habe bei diesen Wahlen die Außenpolitik die entscheidende Rolle gespielt, und auch für Marbach ist die Feststellung, daß die Extreme zerschlagen wurden, als besonders erfreulich zu werten. In den stets instruktiven Berichten des Bankhauses Bär in Zürich wird ebenfalls betont, es spreche für die Selbstbesinnung der deutschen Bevölkerung, daß sie nicht auf den Leim der nationalistischen Parolen der Rechtsextremen gekrochen sei. Es bestehe immerhin die Gefahr, daß in einem späteren Zeitpunkt innerhalb der Christlichdemokratischen Union eine nationalistische Gruppe entstehen könnte. Vorerst hätten allerdings die Nationalisten die Außenpolitik Adenauers hingenommen, um dessen erfolgreiche Wirtschaftspolitik nicht zu gefährden. Die nationalistische Infiltration in die stärkste Partei lasse immerhin ein unheimliches Gefühl zurück.

Vielleicht am einleuchtendsten und aus einer besonderen Kenntnis heraus geschrieben erscheint aus den vielfältigen Kommentaren zu dieser Wahl die Äußerung von Egon Friedländer im «Hamburger Abendblatt». Friedländer steht dem Bundeskanzler persönlich nahe und wird von ihm regelmäßig als Sprachrohr am deutschen Rundfunk benützt. Der Kommentator äußert sich wie folgt:

«Der Rekordcharakter dieses Sieges — der in der deutschen Parlamentsgeschichte bisher unbekannte Vorstoß einer Partei in die absolute Mehrheit — kommt auf das Konto eines einzigen Mannes, des Bundeskanzlers. Dr. Adenauer weiß das selbst am besten, und der 77jährige empfindet dabei eher Sorge als Triumph. Ein Erfolg in diesem Ausmaß, der derart auf zwei Augen steht, hat eine allzustarke persönliche Note, um als dauerhaft gelten zu können. Nichts berechtigt zu der Annahme, die Christlichdemokratische Union sei nun ein für allemal die deutsche Mehrheitspartei. Die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür, daß das Ergebnis vom 6. September nicht wiederholbar ist.»

Wie dem auch sei, zweifellos wird man in dem Ergebnis dieser Wahlen den Willen Westdeutschlands auf Zusammenarbeit mit dem Westen erkennen. Die Folgen *im Bereiche der Weltpolitik* werden beträchtlich sein. So wird das wiedererstarkte Westdeutschland, das sich so entschlossen zu der vorgesehenen Koalition bekannt hat, ohne Zweifel in der politischen Planung der Vereinigten Staaten einen noch wichtigeren Platz einnehmen als bisher.

Wie diese Planung für die Zukunft gedacht sein wird, darüber sind in der letzten Zeit lebhafte Vermutungen in Gang gekommen. Der Korrespondent der «Tat» in New York, Robert Jungk, hat kürzlich eine interessante Analyse veröffentlicht, welche Schlüsse auf eine gewisse Auflockerung der amerikanischen Politik zuläßt. Die Vereinigten Staaten werden ihr Gewicht nach wie vor an den bedrohten Stellen einsetzen, aber die Zeit der «Überausdehnung» der amerikanischen Verpflichtungen ist nunmehr vorbei, also die Zeit, wo man überall zugleich sein wollte. Nach den Jungkschen Ausführungen besteht kein Zweifel darüber, daß auch die zur Zeit politisch mächtigen Kreise der Hochfinanz und ebenso die Militärs den Frieden wollen, aus der Überlegung, daß die Führung eines Krieges in jedem Falle unübersehbare Konsequenzen haben würde. In diesem Zusammenhang wird verwiesen auf einen viel debattierten Aufsatz von Dr. Robert Oppenheimer in der Zeitschrift «Foreign Affairs», wonach es heute zur Gewißheit geworden sei, daß auch die andere Seite Atombomben in genügend großer Anzahl besitze, um mit einem einzigen Verzweiflungsschlag 13 Millionen Amerikaner zu vernichten. Die Situation wird mit derjenigen von zwei Skorpionen verglichen, die sich in einer Flasche befinden. Welcher von ihnen auch immer zuerst sticht, er wird doch durch den Gegenstich den andern mit in den Tod ziehen. Selbst ein großes Abwehrprogramm, dessen Verwirklichung von einer Gruppe von Wissenschaftern auf 20 Milliarden Dollars geschätzt wird, könne keine wirkliche Sicherheit bringen. Es ist übrigens bezeichnend, daß sich in letzter Zeit die Standpunkte der Republikaner mit John Foster Dulles einerseits und der Demokraten mit Stevenson anderseits stark genähert haben. Demnach wäre man in den Vereinigten Staaten zu Verhandlungen geneigt, und das Wort von Stevenson, daß Geduld billiger sei als Krieg, hat offenbar eine gewisse Wirkung ausgeübt. Es ist unverkennbar, daß man diese Botschaft besonders in England mit großer Erleichterung vernommen hat.

Allein um Verhandlungen mit Erfolg eingehen zu können, braucht der Westen nach wie vor ein *erhebliches Ausmaß der Stärke.* Sie wird nicht ausschließlich, aber in einer wesentlichen Linie militärischer Natur sein müssen. Das aber ist der Hauptgrund, weshalb sich die amerikanische Politik nach dem Ergebnis vom 6. September stark auf Westdeutschland abstützen wird. Dies um so mehr, als die Ent-

wicklung in den übrigen Bereichen Europas einer Politik der Stärke wenig günstig ist. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so steht *Frankreich* vor der Volksfront, mit allen ihren Unsicherheiten und Zweideutigkeiten. Was *Italien* betrifft, so ist kürzlich der Bericht eines Parlamentsausschusses unter der Leitung eines Rechtssozialisten ergangen, der Auskunft darüber gibt, warum bei den Wahlen dieses Sommers die Stimmen der äußersten Linken von 8,3 Millionen im Jahre 1948 auf 9,56 Millionen angestiegen sind. Nach diesem Bericht leben von den rund 46 Millionen Italienern etwa 12 Millionen in einem Zustand, der von der äußersten Not bis zur Bedürftigkeit reicht, jedenfalls aber erheblich unter dem Lebensstandard ist, der für zivilisierte Nationen als das Existenzminimum angesehen werden muß. Der Ausschuß hat festgestellt, daß 67% der jugendlichen Verbrecher in der Provinz Rom aus ärmsten Familienverhältnissen kommen und daß die Kindersterblichkeit in Sizilien bis zu 10,7% beträgt. Von 11 Millionen Lire, die der Staat an Unterstützungen ausgibt, erreichen nur 70% wirklich die Bedürftigen, die übrigen 30% werden von Verwaltungsunkosten verschlungen. Daß solche Zustände eine schwere Belastung in der Koalition der westlichen Abwehr bedeuten, liegt auf der Hand.

Die Position Italiens wird im weiteren zur Zeit wieder stark in Mitleidenschaft gezogen durch das ungelöste *Problem von Triest.* Je diskutabler die innere Lage Italiens wird, um so weniger können es sich die Westmächte leisten, Jugoslawien vor den Kopf zu stoßen, das sich neben Westdeutschland immer mehr als das stärkste Bollwerk des Kontinents gegen die Sowjetunion erweist. In der «Tat» wird beiläufig daran erinnert, daß der Konflikt um Triest in dieser Form nie entstanden wäre, hätte man die während des Krieges unter den westlichen Alliierten ursprünglich erwogenen Pläne verwirklicht. Man sah nämlich damals Triest im Zusammenhang mit der Schaffung eines süddeutsch-österreichischen Schwerpunktes als Gegengewicht gegen Preußen. Man war aber der Überzeugung, daß eine kräftige süddeutsch-österreichische Staatengruppe nur dann Aussicht haben würde, außerhalb der Anziehungskraft des norddeutschen politischen Zentrums zu bleiben, wenn sie einen Zugang zum Mittelmeer, also einen Süd-Hafen, haben würde, — eben Triest. Die Idee wurde nicht verwirklicht.

Heute ist es sogar so weit gekommen, daß man in bestimmten westlichen Kreisen bereits ernstliche Befürchtungen um *Österreich* zu hegen beginnt. Jedenfalls sind aus London Stimmen herübergekommen, welche ihrer Enttäuschung über eine gewisse neutralistische Haltung in diesem Lande zum Ausdruck bringen. Fraglos haben die russischen Konzessionen dort einen gewissen Eindruck gemacht, und sie sind im Begriff, jene Kreise zu ermuntern, welche stets geneigt waren, die Beziehungen nach Osten, insbesondere aber den Handel mit dem Osten, wieder intensiver zu gestalten. Demgegenüber stellt man fest, es sei in Österreich eine gewisse Entfremdung gegenüber den Westmächten eingetreten. Diese gründe sich auf den Umstand, daß Westdeutschland von den Westmächten immer mehr in den Vordergrund gestellt werde, indem man vor jedem Schritt gegenüber der Sowjetunion Westdeutschland konsultiere, während im Falle Österreichs derartiges nie unternommen worden sei.

Es sind also sehr ernste Probleme, welche der Politik des Westens in Europa entgegenstehen. Auch in *England* scheinen in letzter Zeit vermehrt Elemente der Unsicherheit in Erscheinung zu treten. Auf der einen Seite hört man, wie der ehemalige Verteidigungsminister der Labour-Regierung, Shinwell, prophezeit, Chur-

chill werde auf den 12. November dieses Jahres Neuwahlen ausschreiben. Anderseits wieder ergeben öffentliche Umfragen, daß die Popularität der Konservativen eher wieder zurückgegangen sei — ein Faktum, welches unschwer auf die tatsächliche Führungskrise in dieser Partei zurückzuführen wäre. Man wird hoffen, daß es Churchill noch einmal gelingt, die Zügel fest in die Hand zu nehmen.

So ist denn für die Vereinigten Staaten aller Anlaß vorhanden, in Europa nach zuverlässigen Bundesgenossen Umschau zu halten. Dies um so mehr, als die *Belastungen im Fernen Osten* immer größer zu werden drohen. Das Problem Korea zieht sich in die Länge, während in der chinesischen Frage die Differenzen unter den Alliierten weiter bestehen. Eine ganz besondere Belastung scheint aber den Vereinigten Staaten neuerdings in Indochina erwachsen zu wollen. Wie man hört, stellt der dortige Krieg nach amerikanischer Ansicht heute eine größere Bedrohung dar als das koreanische Problem. So haben die immer wachsenden finanziellen Zuschüsse im Grunde die Kriegführung Frankreichs nicht in dem erhofften Maße zu verstärken vermocht, sie scheinen vielmehr in jüngster Zeit eher den Selbständigkeitsbestrebungen der indochinesischen Staatengebilde Auftrieb zu geben. Das Problem kompliziert sich ohne Zweifel weiter durch den Umstand, daß sich mit zunehmenden Linkstendenzen in Frankreich die Gefahr erhöht, daß es zu einer allmählichen Absetzbewegung kommt. Erst vor wenigen Tagen konnte man dem New Yorker «Wall Street Journal» die Meldung entnehmen, das Staatsdepartement habe es sich zur Aufgabe gemacht, Frankreich von einer Annahme des kommunistischen Angebotes auf eine «koreaähnliche Waffenstillstandskonferenz» abzuhalten.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Paris

Eine Krise dauert nie zu lang, sofern sie nützlich ist, aber der Nutzen dieser letzten, die wichtige öffentliche Betriebe Frankreichs während drei Wochen lahmlegte, wäre noch zu beweisen. Sie wird schwerwiegende politische und soziale Folgen haben. Die durch den Streik verursachten Verluste beziffern sich auf 5 Milliarden im Tag. Für Frankreich sind allerhand Lehren aus dem Ereignis zu ziehen; zuvor muß man aber daran erinnern, daß die von der sozialistisch geleiteten Gewerkschaft «Force Ouvrière» ausgelöste Bewegung mit überraschender Geschwindigkeit lawinenartig zunahm — zum großen Erstaunen des anscheinend von seinen eigenen Truppen überrannten gewerkschaftlichen Generalstabs.

Welches Ziel hatte die Bewegung? Gewiß, sie sollte einen Protest gegen die von der Regierung angekündigte Hinaufsetzung des pensionsberechtigten Alters darstellen. Der angeführte Grund kann ebensowenig in Abrede gestellt werden, wie die sichtliche Beunruhigung der Beamten und Angestellten verschiedener Zweige der verstaatlichten Betriebe. Es ist auch Tatsache, daß die nach den offiziellen Statistiken seit einigen Monaten gleich gebliebene Höhe der Kosten für den Lebensunterhalt die Lage der Lohnempfänger verschlimmert hat — wenigstens bei solchen, deren geringer Lohn das Existenzminimum nicht sicherstellt.

Der Streik verfolgte aber auch ein anderes Ziel: Es handelte sich darum, das Ministerium Laniel, also ein Ministerium der Mitte und der Rechten, in Mißkredit zu bringen und die Machtergreifung seines Nachfolgers vorzubereiten. Mendès-France wurde von manchen bereits als solcher bezeichnet, auch dieser oder jener andere Parlamentarier, den man für fähig hielt, die Ziele einer

neuen, im Aufbau begriffenen Volksfront

zu vertreten. Vor allem suchten aber die Drahtzieher der Streikbewegung die vom Ministerpräsidenten eingeleitete Reform zum Scheitern zu bringen. Gelang ihm nämlich dieses schwierige Unternehmen tatsächlich, so standen die Unabhängigen, bereits Nutznießer des von Pinay errungenen Erfolgs, von neuem als die Partei der nationalen Wiederaufrichtung da, und die Gemäßigten, die Vertreter der finanziellen Orthodoxie und der Stabilität der Währung, gingen gestärkt daraus hervor. Und dabei drängte doch eine gewisse progressistische Linke schon seit Monaten zu einer Politik der Inflation — zur Politik des größten Übels!

Gewiß soll man die tiefere Ursache des schweren Beamtenaufstands nicht anderswo suchen; neben ihr ist jedoch eine andere zu erwähnen: verschiedene Anführer der Bewegung wünschen eine totale Änderung der Außenpolitik, zum wenigstens ihre Annäherung an den sowjetischen Standpunkt, der bekanntlich jeder Art von Atlantikpakt feindlich gegenübersteht. Gerade durch ihren gemäßigten Ton war die Note Molotows vom 4. August eine Aufforderung zu solcher Annäherung. Die kommunistische Partei griff dies sofort auf, billigte den politischen Charakter des Streiks auf unmißverständliche Weise und riß die Sozialisten und eine Fraktion des M. R. P. (Christlich-Demokraten) mit sich ins gleiche Fahrwasser. Zu Beginn des Streiks hat sich übrigens die «Humanité» in ihrer Nummer vom 8. August aufs deutlichste darüber geäußert; und das große Abendblatt «Le Monde» machte sich — zwar etwas diskreter, aber doch nicht weniger nachdrücklich — zum Echo der gleichen Argumente. Das Blatt der kommunistischen Partei schreibt: «Die Streikbewegung beweist den Widerstand der Massen gegen Regierungsmaßnahmen, deren Ziel nicht eine Besserung der finanziellen Lage, sondern die Erfüllung aus dem Atlantikpakt erwachsener Verpflichtungen ist.» Der Schluß des Satzes ist aufschlußreich; er gibt uns Aufklärung über den Sinn der Erhebung der Staatsangestellten, durch die Frankreich so großer materieller und moralischer Schaden zugefügt wurde.

Bei den öffentlichen Dienstzweigen läßt sich der Umfang des Schadens schon erkennen, so zum Beispiel bei der Verwaltung des Transportwesens und der Staatsbahnen, deren Defizit sich im Verlauf des Streiks um über zwanzig Milliarden vergrößerte. Was die Fremdenindustrie anbetrifft — auf die Frankreich so stolz ist —, so gehört schon eine tüchtige Portion Optimismus dazu, um zu glauben, sie hätte nicht gelitten. Da unangenehme Erinnerungen nicht so schnell verblassen, und besonders nicht bei jenen Fremden, die sich über die Lahmlegung der öffentlichen Dienste zu beklagen hatten, so ist wohl zu befürchten, daß auch diese Einnahmequelle spärlicher fließen wird. Man darf sich also fragen, welche Folgen eine von nun an unvermeidlich erscheinende Neuausrichtung der Löhne und Gehälter haben wird. Die Einnahmequellen des Staates erlauben es ihm sicher nicht, allen Streikforderungen nachzukommen. Eine Revision des Budgets ist unbedingt nötig, und manche Leute gehen sogar soweit, zu glauben, daß sie eine Abwertung des Frankens begleiten wird. Die auch weiterhin bestehende Drohung neuer Unruhen nötigt die Regierung, unverzüglich mit den Gewerkschaften, von denen der Konflikt ausging, zu verhandeln. Man kann sich tatsächlich schwer vorstellen, daß die tiefgehende Unzufriedenheit, deren Symptom der Streik war, von selbst wieder abflauen könnte, ohne den Beteiligten in gewissem Umfang die Befriedigung ihrer in mehreren Fällen an und für sich berechtigten Forderungen

gebracht zu haben. Die neben den politischen Ursachen des Streiks vorhandenen Beschwerden gewisser Beamtenkategorien muß man als berechtigt anerkennen, wenn man ihre Besoldung mit der anderer Kategorien vergleicht, zum Beispiel mit derjenigen der Sécurité sociale, deren Angestellte dieses Jahr vierzehn Monatslöhne ausgezahlt bekommen. Der Wohlfahrtsstaat schadet sich selbst, wenn er sich nach der einen Seite freigebig, nach der anderen knauserig zeigt.

Schließlich ist auch noch zu erwähnen, daß die französischen Staatsbeamten die merkwürdige Eigenschaft besitzen, ihre Verwaltungslaufbahn als beendigt anzusehen, sobald sie in die fünfziger Jahre kommen. So bezahlt unter anderen die Eisenbahnverwaltung mehr pensionierte als diensttuende Eisenbahner. Um diesen anormalen Zustand zu beheben, hatte Jules Moch — er war damals amtierender Minister — auf dem Kongreß der S. F. I. O. erklärt, das pensionsfähige Alter müsse im Zeitalter des Penicillins hinaufgesetzt werden. Seine sozialistischen Freunde konnten ihm einen solchen Optimismus, der alles umzustürzen drohte, nur schwer verzeihen; er scheint ihnen eine Mißachtung ihrer geheiligten Rechte.

Die innere Sanierung Marokkos

Im Gegensatz zu diesen trüben Aussichten für die nächste Zukunft erkannte man auch einen Lichtblick. Trotz dem alles durch eine schwarze Brille ansehenden Pessimismus der Progressistenpartei wurde die marokkanische Krise ganz plötzlich und auf glückliche Art durch die von uns bereits vorausgesehene Absetzung des bisherigen Sultans Sidi Mohammed Ben Youssef gelöst.

Seit den Zwischenfällen vor beinahe zwei Jahren, bei denen er General Juin, damals Generalresident von Marokko, gegenüberstand, erschien Mohammed Ben Youssef immer mehr als gefügiges und etwas zweideutiges Werkzeug der nationalistischen Istiqlal-Partei, der erbitterten Feindin Frankreichs. Nachdem er alle seine Mittel erschöpft hatte — zum Teil in Zusammenarbeit mit gewissen französischen Kreisen (und zwar mit recht einflußreichen!) —, mußte der Sultan vor der ihm feindlichen, vom alten Pascha von Marrakesch gegen ihn eingeleiteten Bewegung zurückweichen. Es war tatsächlich El Glaouis Festigkeit, die über die Unentschlossenheit derjenigen siegte, die in der Hauptstadt aus lauter Angst, sich zu kompromittieren, wie gelähmt waren. Immerhin wußte man bereits seit Monaten, daß die Marokkaner des Bleds mit der Haltung Sidi Mohammed Ben Youssefs nicht einverstanden waren. Die sechs Millionen Berber — unter ihnen ist den tapferen Reitern des Atlas besondere Anerkennung zu zollen — haben die viel weniger zahlreichen Araber mitgerissen; aber die einen wie die andern bezeugten eine bemerkenswerte Treue gegenüber Frankreich.

Von dem Augenblick an, als die Paschas und Kaids ihren gegen den Sultan gerichteten Appell an die französische Regierung unterzeichnet hatten, war es klar, daß die Politik des ewigen Hinausschiebens den Konflikt nicht lösen konnte. Den Gegnern des Sultans gelang es, dessen Solidarität mit dem Istiqlal, den er niemals zu desavouieren gewagt hatte, auf sehr geschickte Art aufzudecken. Sie lenkten die Mehrheit des marokkanischen Volkes gemäß den Interessen Frankreichs. In den Annalen überseeischer Länder ist das etwas so Außergewöhnliches, daß man es gern hervorhebt. Dieser Erfolg trug der französischen Regierung alsbald die uneingeschränkte Unterstützung Englands und Amerikas ein, die im Uno-Sicherheitsrat einen Antrag des arabisch-afrikanischen Blocks ablehnten, der darauf hinzielte, mit Hilfe Rußlands die marokkanische Frage wieder aufzurollen. Das, was manche sich nicht scheuen, «ein von Frankreich geschmiedetes Komplott» zu nennen, war in Wirklichkeit eine geschickte und ehrliche Sanierung der inneren Lage, die ganz Marokko zugutekommt, und zu der man sich also mit Recht be-

glückwünschen darf. Wenn die zwar nicht sehr zahlreichen, aber sehr aktiven und von revolutionärem Geist beseelten kommunistischen gewerkschaftlichen Organisationen Casablancas über jene politischen und sozialen Kreise gesiegt hätten, die in Marokko traditionsgemäß die Unterstützung der Bauernschaft genießen, so wäre der Ausbruch einer sehr schweren afrikanischen Krise zu befürchten gewesen, deren Auswirkungen sich unfehlbar in der ganzen arabischen Welt, in erster Linie in Iran und Kairo, fühlbar gemacht hätten.

Französische Befürchtungen angesichts des deutschen Wiederaufstiegs

Die kürzlich von John Foster Dulles vor der American Legion abgegebenen Erklärungen zu Gunsten einer Einheit Deutschlands haben in gewissen neutralistischen Kreisen Frankreichs die Furcht von neuem aufleben lassen, Amerika könne Deutschland die rechtliche und militärische Gleichberechtigung zuerkennen, die es sich mit Riesenschritten zurückerobert. Die gleichen Kreise beschuldigen die Vereinigten Staaten, wenn auch nicht gegen, so doch zum wenigsten ohne Frankreich ein Vereinigtes Europa aufbauen zu wollen. Man wirft Amerika vor, sich die für einen antikommunistischen Kreuzzug eintretende These Burnhams aus dessen Buch: «Containment or Liberation» zu eigen zu machen und Westdeutschland zur Teilnahme an diesem Kreuzzug heranziehen zu wollen. Um diesen Plan zu vereiteln, stellen die Gegner der «europäischen Integration» die Behauptung auf, Europa sei durch den amerikanischen Imperialismus bedroht, und sprechen von einer Frankreich durch den deutschen Wiederaufstieg drohenden Gefahr. Man steht da scheinbar der ewiggleichen Psychose gegenüber, von der eine Anzahl Franzosen aus Furcht vor einer Wiederauferstehung Deutschlands befallen werden. Sei diese Angst nun aufrichtig oder nur künstlich hervorgerufen — sie bringt einen Teil der öffentlichen Meinung dazu, den Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verächtlich abzulehnen als würde er die deutsche Machtstellung endgültig festlegen. Und doch bestände die einzige Möglichkeit, dieser keineswegs nur in der Einbildung bestehenden Gefahr zu begegnen, in der Eingliederung der deutschen Einheiten in eine gemeinsame bewaffnete Macht, in der eine Hegemonie der Wehrmacht unmöglich wäre. So könnte vermieden werden, daß man sich früher oder später einem gefährlich nationalistischen wiedervereinigten Deutschland gegenübersähe. Marschall Juin, der auch in seiner hohen Stellung nichts von seiner gewohnten, manchmal etwas brutalen Offenheit eingebüßt hat, erklärte kürzlich, innerhalb dieser Grenzen ein entschiedener Anhänger des Europa-Gedankens zu bleiben, und da er die Aufgabe erhalten habe, Europa zu verteidigen, «seien ihm — so oder so — die deutschen Einheiten unentbehrlich».

Die grüne Europa-Fahne, die Kanzler Adenauer am Tag nach seinem so großartigen Wahlsieg hissen ließ, ist ein Zeichen, daß von nun an die Achse der Atlantikverteidigung durch Bonn geht. Die französischen Gegner der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in erster Linie die Sozialisten und Gaullisten, geben sich trotzdem nicht geschlagen. Das gewaltige Ergebnis der deutschen Wahlen erhöht nur ihre Feindseligkeit gegen die E. V. G. und infolgedessen auch gegen die Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris, die nächstens im Parlament zur Debatte stehen sollen. Weil sie davon überzeugt sind, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, so wie sie vor allem von Washington aufgefaßt wird, sich rasch in eine politische Gemeinschaft mit mehr oder weniger stark ausgeprägter germanischer Tendenz umwandeln wird, wollen sie ihr durch eine Art europäischer «Troisième Force» Schach bieten und erklären sich infolgedessen bereit, weiter drüben im Osten ein Gegengewicht für das wiedervereinigte Deutschland von morgen zu suchen.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Washington

Das Ende-Feuer in Korea hat, wie vielerorts vorausgesagt worden war, mehr Probleme geschaffen als gelöst. Natürlich freut man sich über den Abbruch der Feindseligkeiten, das Nichtmehrerscheinen der Verlustlisten und die Rückkehr von Tausenden von Gefangenen der Vereinten Nationen. Leider aber wird die menschlich sehr begreifliche Freude über diese Ereignisse durch die tiefe Besorgnis über den Verlauf der diplomatischen Ereignisse seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages etwas getrübt. Nach dem historisch bedeutsamen, entschlossenen Widerstand gegen die kommunistische Aggression scheint nun die westliche Allianz durch Vorkommnisse bedroht, die als Gefahren für den Frieden bezeichnet werden könnten.

In Asien scheint

der Waffenstillstand

die diplomatischen Probleme stark vermehrt zu haben, denn die Vereinten Nationen haben unter amerikanischer Führung, um die Waffenstillstandsverhandlungen erfolgreich abschließen zu können, den Südkoreanern Konzessionen gemacht, die den Erfolg der nun folgenden politischen Konferenz in Frage stellen, wenn nicht gerade verunmöglichen. Dies trat vor der Versammlung der Vereinten Nationen klar zu Tage, in der die USA Indien einen Sitz bei der Friedenskonferenz verweigerten.

Die Stellungnahme der amerikanischen Delegierten bei den Vereinten Nationen wurde in den USA nicht durchwegs gebilligt. In der Tat sind ziemlich viele Amerikaner geneigt, jenem britischen Korrespondenten zuzustimmen, der höhnisch berichtete, daß die USA beginnen würden, immer mehr einem Satelliten Südkoreas zu gleichen. Der Unwille über die Art, wie die Regierung Eisenhower Syngman Rhees Verrat in der Frage der Kriegsgefangenen zur Kenntnis genommen und darauf reagierte, hat sich in gewissen Kreisen zum Zorn gesteigert über das offensichtliche Ausweichen vor jeder Gelegenheit zu einer Friedenskonferenz, an welcher eine endgültige Regelung der Fernostprobleme erreicht werden könnte.

Die Anerkennung Rotchinas

und seine Aufnahme in die Uno bilden ein weiteres Problem, über welches die Meinungen in den USA weit auseinandergehen. Die Befürchtung ist weit verbreitet, daß die offizielle Intransigenz in dieser Frage nur zu weiteren Verwicklungen führen könne, oder wenigstens eine Annäherung an die Lösung der asiatischen Probleme verunmögliche. Es ist schwierig einzusehen, was Eisenhower und Dulles auf Grund einer Politik zu tun gedenken, die sich einerseits aus unmöglichen Versprechungen an Syngman Rhee, anderseits aus Spannungen mit unseren wichtigsten Verbündeten zusammensetzt.

Es sind Pläne in Vorbereitung zur wirksameren Kriegführung in Indochina. Dagegen fehlen bis jetzt irgendwelche Vorschläge für eine Neugestaltung der Politik gegenüber Frankreich, die von den Kennern der Lage als dringend notwendig erachtet wird, wenn jemals eine Lösung gefunden werden soll. Auf Formosa erhält Tschiang Kai-Schek weiterhin amerikanische militärische Unterstützung für seine alternde und unzulängliche Armee, deren Schicksal täglich undurchsichtiger wird. Nirgends in Asien werden diplomatische Knoten gelockert, geschweige denn gelöst. Vielmehr scheint das Gewirr sich zu verschlimmern.

In Europa scheint die französische Krise zu Ende zu gehen, aber dieses unglückliche Volk scheint schwächer zu werden, statt stärker. Die offensichtlich not-

wendigen Verfassungsreformen liegen in weiterer Ferne denn je, und so bleibt Frankreich weiterhin die launische, eigenwillige, obwohl geliebte Schwester, über die sich die freie Welt auch in Zukunft schwere Sorgen macht. Die bewaffneten Streitkräfte der NATO werden fortwährend stärker, wenn auch mit schmerzender Langsamkeit, doch herrscht tiefe Besorgnis über die spürbare Abnahme des Willens zur Aufrüstung. Gerade die Tatsache, daß beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen sind, scheint sich zu Ungunsten weiterer Verbesserungen auszuwirken. Zu Viele sind geneigt, stillzusitzen und das bereits Erreichte zu bewundern, statt mehr zu leisten. Schließlich ist De Gasperis Niederlage in Italien auch eine bedeutsame diplomatische Schlappe für Washington.

Adenauers Sieg in Deutschland

und der Sturz Mossadeghs in Persien sind, vom amerikanischen Gesichtspunkt aus betrachtet, hoch erfreuliche Ereignisse. Auch die Unruhen im Sowjetsektor Berlins und in Ostdeutschland wirken ermutigend. Leider scheint es wahrscheinlich, daß die durch diese Ereignisse gebotenen Gelegenheiten unbenützt vorbeigehen, wenn man es zuläßt, daß die Entfremdung zwischen den freien Völkern der westlichen Welt sich weiterentwickelt.

In diesem kritischen Augenblick liegt die Führung zwangsläufig bei den USA. Es ist entmutigend zu berichten, daß die Innenpolitik die Wirksamkeit dieser Führung bedroht. Unter dem Vorwand der «Wiederherstellung des Gleichgewichts» bemühen sich gewisse amerikanische Politiker, den asiatischen Angelegenheiten größere Bedeutung und mehr Gewicht zu verschaffen. Das muß zwangsläufig dazu führen, daß Westeuropa weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. In den USA gibt es eine große Gruppe, die laut verkündet, die Zukunft der Welt sei eingehüllt im Schicksal der unzähligen Millionen Chinas und Südostasiens, dieser Teil der Welt müsse mindestens so vollständig «gewonnen» werden wie Europa. Unter Eisenhower scheint diese Gruppe mehr Einfluß zu haben als unter Truman.

Es gibt noch eine weitere beunruhigende Seite der Situation, die neulich vom unterlegenen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei, *Adlai Stevenson,* hervorgehoben wurde: die offensichtliche Starrheit der gegenwärtigen amerikanischen Politik. Es scheint, daß wir auf dem diplomatischen Gebiet an einem Punkt angelangt sind, an dem Verhandlungen möglich sind. Dies bedeutet aber: nehmen und geben. Sei es nun Absicht oder nicht, die Washingtoner Politiker geben sich öfters den Anschein, nur solche «Verhandlungen» in Betracht ziehen zu wollen, bei denen der Verhandlungspartner praktisch kapitulieren müßte. Amerika und die freie Welt sind gewiß stark; sind sie aber stark genug, um die Gestaltung der Zukunft diktieren zu können? Bei welchem Punkt fangen bona fide-Verhandlungen an? Werden sie eingeleitet, bevor ein dritter und katastrophaler Weltkrieg über uns hereinbricht? Gibt es Leute im Westen, welche in die von ihnen selber geschaffene Angst dermaßen verstrickt sind, daß sie seelisch nicht imstande sind, die aufrichtige Verhandlungsbereitschaft des Ostens richtig zu erkennen, falls sie sich zeigen sollte? Fragen dieser Art beunruhigen viele Menschen in den USA und auch anderswo.

Noch schlimmer wird die Lage dadurch, daß sich die Washingtoner Regierung nicht an die berühmte Mahnung Theodor Roosevelts zu halten scheint: «Sprich sanfte Worte, aber halte einen dicken Stock bereit». Während Dulles mit totalem Krieg droht, wenn Rotchina in Asien sich nicht korrekt verhalten sollte, werden vom republikanischen Regime drastische Einsparungen durchgeführt, welche die militärische Bereitschaft des Landes ernstlich zu schwächen drohen. Man befürchtet da und dort, daß einzelne Regierungsbeamte Stücke am dicken Stock wegschneiden, während ein anderer große Töne von sich gibt.

In den USA ist das kommende Jahr wieder ein Wahljahr.

Die im Januar in die Hauptstadt zurückkehrenden Parlamentarier werden sich darüber klar sein, daß sie im November 1954 wieder vor die Wählerschaft treten müssen. Die Versuchung wird deshalb groß sein, teure Verteidigungsmaßnahmen und die Auslandhilfe gegen die beliebten Steuerermäßigungen einzutauschen, welche Stimmen einbringen. Die Vertreter des mittleren Westens mögen in Versuchung geraten, zum Isolationismus zurückzukehren, während einzelne ihrer Kollegen vom äußersten Westen vielleicht glauben, das Rezept für eine Wiederwahl laute: Asien geht vor, sogar auf Kosten der Solidarität mit Großbritannien, Frankreich und Italien.

Unter diesen Umständen wird der von Eisenhower einzuschlagende Kurs von überragender Bedeutung sein. Trotz den mannigfachen Enttäuschungen seiner siebenmonatigen Amtszeit hat er persönlich an Popularität nichts eingebüßt. Im Gegenteil: die seelische Entspannung, die durch den Waffenstillstand in Korea ermöglicht wurde, hat sein Ansehen noch vergrößert. Wenn er zielbewußt führt, kann er Erfolg haben.

Es ist noch zu früh, um ein Urteil zu fällen, denn die hier dargelegten beunruhigenden Tendenzen könnten sich immer noch als geschickte Vorbereitungen für einen diplomatischen Meisterstreich erweisen. Wie sich die USA an der kommenden politischen Konferenz verhalten, was ihre Delegierten an den ordentlichen Versammlungen der UNO unternehmen werden, was für ein Programm der Präsident in der kommenden Session dem Kongreß vorlegen wird — das werden wichtige Wegweiser sein. Inzwischen bleiben die Lösungen im Dunkel, und der Ausblick von Washington ist kaum erfreulich und optimistisch. Aber man darf die Hoffnung nicht aufgeben.

Richard J. Davis

Bericht aus Rumänien

Das für den «patriotischen Internationalismus» der Rumänischen Volksrepublik bedeutungsvollste Fest dieses Jahres war weder das IV. Weltjugend-Festival vom 2. bis 17. August in Bukarest noch die übliche «Befreiungsfeier» im Gedenken an die rumänische Kapitulation des 23. August 1944, sondern die «Dekade der Moldawischen Republik» zwischen dem 15. und 24. Mai. Diese «Dekade» wurde von den volksdemokratischen Machthabern unter größtem Aufwand in ganz Rumänien durch Massenversammlungen, künstlerische Darbietungen, Filmvorführungen, Presse, Rundfunk erstmalig gefeiert. Der offizielle Festjubel galt dem fünfundzwanzigjährigen Bestand der heute vorwiegend von Blutsrumänen bewohnten Moldawischen Unionsrepublik der UdSSR, die 1944 bekanntlich durch die rumänische Provinz Bessarabien «arrondiert» wurde und ihre Hauptstadt von Tiraspol nach Kischinew verlegte. Doch dieser volksdemokratische Freudentaumel über das ohne Abstimmung oder Volkszählung abgetretene Bessarabien und Nordbuchenland gewinnt erst auf dem Hintergrund eines andern staatspolitischen Aktes seine besondere Akzentuierung: Die zweite Verfassung der Rumänischen Volksrepublik vom 23. September 1952 schuf, unter Zerschlagung traditioneller Gebietseinheiten, inmitten Siebenbürgens die «Autonome Madjarische Verwaltungs-Region» mit der Hauptstadt Mârgul Muresului (Marosvásárhely, Neumarkt am Mieresch). Dadurch ist das 13-Millionenvolk der Rumänen zwischen Ost und West in eine nationalitätenpolitische Klammer geraten. Jede «Untreue» des Rumänentums gegen-

über dem Kreml könnte einen «Anschluß» rumänischer Gebietsteile an die Moldawische Unionsrepublik der UdSSR oder an die Ungarische Volksrepublik zur Folge haben. Inzwischen ist auch die Dobrudscha am Schwarzen Meer durch bevölkerungsmäßige «Internationalisierung» und strenge Sperrmaßnahmen zu einer Provinz mit Sonderstatus geworden. Die beflissene Förderung des tatarischen Volkstums um Konstantza oder der lipowanischen Gruppe im Bezirk Tulcea (einer russischen religiösen Sekte) rückt die Anwendung des «territorialen Prinzips» für diese und andere Nationalitäten in den Bereich des Möglichen.

Am 17. Juli verließ der sowjetische Botschafter und Säuberungs-Spezialist, I. I. Lawrentjew, nach einjähriger Tätigkeit Bukarest, um die «Revolution» in Teheran weisungsgemäß zu beeinflussen. Nach der

Liquidierung des Dreigestirnes Anna Pauker — Teoharie Georgescu — Vasile Luca

erfolgte unter Lawrentjews Anweisung die bisher gründlichste «tschistka» des Partei- und Staatsapparates bis in die letzten Verästelungen; die Verfassung, der Bukarester «kleine Kreml», die Staatswirtschaft, der Wissenschaftsbetrieb wurden völlig gleichgeschaltet, die bäuerliche Zwangskollektivierung machte bedeutende Fortschritte, die «Volksarmee» erreichte einen ungeahnten Höchststand. Vier sowjetische Heeres- und drei Luftwaffen-Divisionen bezogen Garnison im rumänischen Banat gegen Tito, in der südlichen Moldau auf der Linie Galatz und in der Dobrudscha, die sowjetische U-Boot-Basis Câslitza (mit Verbindung zum Jalpug) wurde vollendet. Der strategisch wichtige Donau-Schwarzmeer-Kanal ist heute bei 20 m Tiefe und 100 m Breite in einer Gesamtlänge von 16 km schiffbar; allerdings hat man während der letzten Wochen das Arbeitstempo stark vermindert; ferner entstanden 20, 24, 28 m breite asphaltierte Rollbahnen, und Eisenbahn-Projekte, wie die Linie Piatra Neamtz-Gheorgheni über die Ostkarpaten, wurden rücksichtslos vorgetrieben.

Lawrentjews Nachfolger auf dem Bukarester Botschafterposten, L. G. Meljnikow — erst im April d. J. von Berija abgesetzt —, überreichte am 1. August dem Vorsitzenden des Präsidiums der Großen Nationalversammlung, Dr. Petru Groza, sein Beglaubigungsschreiben. Der neue Sowjetdiplomat dürfte wohl die vorbildgetreue Durchsetzung des «Kollektivitäts»-Prinzips überwachen und gegen den früheren Vertrauensmann Berijas in Rumänien, Heeresminister und Armee-General Emil Bodnáras, einen leisen Argwohn hegen. Trotzdem kann Meljnikow nach der großen «Reinigung» mit einer gewissen führungsmäßigen und organisatorischen Stabilität rechnen. Wohl rückt jetzt Dr. jur. Petru Groza neben dem Ministerpräsidenten und Generalsekretär der «Rumänischen Arbeiter-Partei» (P. M. R.), Gheorghe Gheorghiu-Dej, mehr in den Vordergrund. Aber der hohe Siebziger Groza, Gutsbesitzer und Industrieller, sukzessive «Bratenriecher» und Mitglied sämtlicher Parteien des Vorkriegs-Staates (einschließlich der «reaktionärsten» des Marschalls Averescu), spielt zwar noch rüstig alle Morgen um sechs Tennis — sein politisches Rollenfach war und bleibt jedoch das des dekorativen Statisten aus der «Großbourgeoisie». Neben der beherrschenden Gestalt Gheorghiu-Dejs behauptet sich noch der ränkekundige ZK-Sekretär und der rangälteste von fünf Vizeministerpräsidenten, Josef Chisnevschi-Broitman als «zweiter Mann» der Hierarchie; seine ebenfalls jüdische Ehefrau Ljuba rückte inzwischen, nach Beseitigung der verhaßten Rivalin Pauker, zur first lady der Volksrepublik auf. Dem ungarischen ZK-Sekretär Alexandru Moghioros (Sándor Magyarós) billigte man nach den «Volksräte«-Wahlen vom 30. November v. J. nur noch das bescheidene, zusätzliche Pöstchen eines Präsidial-Mitgliedes der Großen National-Versammlung zu, während der «vierte Mann» Chivu Stoica, früherer Eisenbahner-Kollege des Ministerpräsidenten Gheorghiu-Dej, auch Vizepremier wurde. Erwähnenswert ist Miron Constantinescu als Präsident des Planungs-Überministeriums und ver-

heißungsvoll der steile Aufstieg des 41jährigen Vizeministerpräsidenten Gheorghe Vidrascu, noch 1951 simpler Präsident der volksdemokratischen Sportvereinigungen, einer der wenigen intellektuellen Spitzen-Funktionäre.

Laut offizieller Lesart lebt Anna Pauker in Bukarest und versieht eine «niedere Funktion»; der gestürzte Minister des Inneren und der Staatssicherheit, Teoharie Georgescu (übrigens entgegen allen Behauptungen kein Jude, sondern fünftes Kind eines Rumänen und einer Griechin, in zwei früheren Ehen mit Jüdinnen verheiratet) soll, wohl zufolge seines timiden Charakters, Selbstmord begangen haben; auf den Szekler, Finanz- und Planungsminister Vasile Luca (Lászlo Lucács) häuft man gegenwärtig die entscheidende Schuld für die Mißerfolge in der landwirtschaftlichen Kollektivierung und für den «Hungerwinter» 1952/53.

Es ist in der Tat unbestreitbar, daß sich

die Lebenshaltung der «Werktätigen» seit Jahresfrist «kriegsmäßig» verschlechtert

hat. Das landwirtschaftliche Ablieferungs-Soll, kollektivistisches Bauernlegen, Landflucht, eine Mißernte, ergaben im Vorjahr eine akute Agrar- und Ernährungskrise, wie im übrigen Osteuropa. Rohstoffverknappung, Maschinen- und Werkzeugmangel, unzureichende Fachkräfte, wachsende Ausschuß-Ziffern, Mißwirtschaft und Planverzerrungen trugen schließlich auch zur Senkung des Leistungsstandards in der Industrie entscheidend bei und boten nach dem 17. Juni d. J. Anstoß zu der «entscheidenden Wegkehre» — wie der «neue Kurs» in der Rumänischen Volksrepublik genannt wurde.

Worin soll diese «entscheidende Wegkehre» bestehen? Ministerpräsident Gheorghiu-Dej versprach zwar in seiner Festrede zum diesjährigen 23. August, dem «Befreiungstag», eine «Berichtigung unseres Wirtschafts-Programms», u. a. eine verdoppelte Investition für die Verbrauchsgüter- und landwirtschaftliche Erzeugung bis 1955, dem Ende des ersten Fünfjahrplanes. Doch das gleichzeitig verkündete, teilweise erhöhte, Leistungs-Soll bedeutet für den Ackerbaustaat von gestern von vornherein die Abkehr von der «entscheidenden Wegkehre» zu einer verbesserten Lebenshaltung. Die für 1953 bekanntgegebenen Erfüllungs-Ziffern — Stahl: 750 000 t; Kohle: 6,1 Mill. t; Rohöl 9,3 Mill. t; Elektrizität: 1 Mill. kw — erklären außerdem den herrschenden Lebensmittel- und Warenmangel zur Genüge. Anderseits verraten die Planziffern für 1953 eine gewisse propagandistische Aufmachung: Rumänien weist z. B. auf Grund gewissenhafter Schätzungen 1948 bis 1952 eine Rohölgewinnung auf, die von 4,1 auf 5,2 Millionen Jato steigt, aber unter der Förderung des zweiten Weltkriegs bleibt. Selbst bedenkenlose Raubbaumethoden lassen daher für 1953 ein Ergebnis von 9,3 Mill. t bezweifeln. In der Rohstahlerzeugung wieder wurde zwar durch die Errichtung des «größten und modernsten Hochofens in Mitteleuropa» Nr. 6 im Hüttenwerk Hunedoara ein beachtlicher Fortschritt erzielt. Doch sind derzeit, wegen eines Konstruktionsfehlers, 60% der 90 t täglichen Gußstahles nicht zu verwenden. Bei einem Beschäftigungsstand von fünfzehntausend erhält dieses Hüttenwerk Roherz aus Ghelar und aus der UdSSR, Koks aus Polen und der CSR; Rumänien verfügt weder über ausreichendes Erz noch über koksfähige Kohle. Die Kritik an der Holzindustrie und an der Qualität der Textilien reißt nicht ab. Unbestritten sei, daß der Rüstungs-Komplex Reschitza riesenhaft erweitert wurde, daß die Bukarester «Malaxa»-Werke (heute «23. August») die frühere Belegschaft von 6000 verdreifachten, daß in Sinaia (Prahova) und Strihaia (Mehedintz) V 2-Bestandteile erzeugt werden, daß der Donau-Schwarzmeer-Kanal bis jetzt 450 000 mehr oder minder «freiwillige» Arbeiter beschäftigte. Das Tempo geht auf Kosten der lebendigen Substanz.

Wer am 23. August dieses Jahres

die militärische Parade auf dem Bukarester Stalin-Platz

bewunderte, dem wurde anhand beigebrachter Angaben über die Effektiven begreiflich, warum die Decke der Volkswirtschaft zu kurz sein muß. So verfügt die rumänische Volksrepublik neben 9 Infanterie-, 3 Gebirgsjäger-, 3 Flak-Divisionen, einem Panzerkorps, 27 M. A. I. (G. P. U.)-Regimentern usw. z. B. über 5 Luftwaffen-Divisionen. Von 3 Jagdflieger-Divisionen sind 2 mit etwa 864 Düsen-Flugzeugen ausgerüstet, wobei in Craiova auch schon die «Mig 17» festgestellt wurde. Flugkommandeure sind ehemalige königliche Offiziere, doch der Kader-Chef ist Dan, ehemaliger Kellner im Kronstädter «Aro»-Hotel, «Berater» der sowjetische Generalmajor Duschkin. Aus Gründen politischer Unzuverlässigkeit entstanden bei allgemeiner Wehrpflicht koppellose Einheiten von Arbeitssoldaten (DGSM), die bei Großbauten und in Großbetrieben beschäftigt werden. So wies z. B. der «proletarische» Bezirk Prahova im Rekruten-Kontingent des Novembers 1952 30% DGSM-Arbeitssoldaten auf. Diese «Kulakensöhne» erbauten auch hauptsächlich binnen vier Monaten das 80 000 Zuschauer fassende Stadion für die Weltjugend-Festspiele im August.

Die ausländischen Gäste des IV. Jugend-Festivals wußten im Anblick der übervollen Schaufenster nicht, daß es monatelang — auch auf Marken — keinen Zucker und kein Speiseöl zu kaufen gab. Umbenannte Boulevards und Parks, üppige Mahlzeiten mit fünf Gängen und Kuß-Gesellschaftsspiele im obligaten Athénée-Palace, überaus höfliche Dolmetscher vermittelten vielen Besuchern paradiesische Eindrücke. Wer aber aus dieser strahlenden Fassade unbeobachtet in die Vorstädte spazierte, erblickte abgehärmte Menschen vor Schaufensterwaren, erfuhr Löhne und Preise. Ein Dorflehrer z. B. bezieht 300 Lei Grundgehalt, ein Spezialarbeiter 400 Lei. Preise: 1 kg Speck «mit» 8 Lei, «ohne» 30 Lei (schwarz); Käsesorten frei 10 bis 15 Lei kg; Zucker «mit» 2.80, «ohne» 9 Lei; 1 kg Äpfel 8 Lei; Männerschuhe «mit» 40 bis 50 Lei, Frauenschuhe «mit» 25 bis 50 Lei, «ohne» 150 bis 300 Lei; Hühner frei 20 bis 40 Lei; ein Wasserhahn (schwarz) 700 Lei; 1 kg Kaffee 160 Lei. Bis auf eine schmale, bevorzugte Schicht herrscht echte, unverhüllte Armut. Wir entsinnen uns jener Gruppe junger Franzosen in einem abgelegenen Stadtteil, die als Gäste vehement aus einem Lebensmittelgeschäft «ohne» einkauften und die Lebensmittel auf der Straße wahllos an Frauen und Kinder verteilten.

Fraglos war das Bukarester Festival ein propagandistischer Erfolg für das Regime. Er täuscht darüber nicht hinweg, daß das Volk der Volksdemokratie die sowjetische Bevormundung und den pausenlosen Drill der Partei ablehnt und sich aus ganzem Herzen die Freiheit vom Joch wünscht.